

**Rede
der Sprecherin für Entwicklungspolitik**

Claudia Schüßler, MdL

zu TOP Nr. 24 - Abschließende Beratungen

**24) Fluchtfolgenbekämpfung - Niedersächsische
Partnerregionen in Afrika stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/6215

**25) Verbesserung der wirtschaftlichen, ökologischen
und humanitären Lage der Menschen im globalen
Süden heißt Fluchtursachen bekämpfen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/5636

während der Plenarsitzung vom 01.07.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Eigentlich hatte ich gedacht - nachdem meine Kollegin Frau Koch so intensiv erzählt hat, was wir mit diesem Antrag vorhaben -, dass mein Redebeitrag im Wesentlichen überflüssig sein würde. Ich wollte das dann auch auf das Wesentliche beschränken. Nun bin ich doch ein bisschen erstaunt über den Vortrag von Ihnen, Frau Viehoff, weil wir natürlich nicht mit dem anderen Antrag überfordert sind, sondern es wohl begründet haben, warum wir dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Ich werde das im Folgenden auch noch ausführen.

Ich möchte darauf zurückkommen, weshalb wir den Antrag gestellt haben. Es ist nämlich so, dass wir im vergangenen Jahr einen Betrag von 100.000 Euro zusätzlich - also nicht irgendwie, sondern zusätzlich - zu den bereits vorhandenen Mitteln für Entwicklungshilfe in den Haushalt eingestellt haben. Es ist nicht so, dass wir gesagt hätten: 100.000 Euro - egal, wir erhöhen den Betrag mal pauschal. - Es war vielmehr unser Anliegen, dass wir diese Haushaltsmittel in irgendeiner Form „beackern“, dass wir uns da einmischen.

Ich freue mich, dass wir jetzt endlich zu der abschließenden Entscheidung kommen. Wir haben uns überlegt, dass wir die Haushaltsmittel planvoll für unser Partnerland Tansania einsetzen wollen. Weil das offensichtlich in den vielen Beratungen doch noch nicht angekommen ist: Natürlich ist Entwicklungshilfe für uns als Land Niedersachsen auf unsere Partnerregionen und Partnerländer beschränkt, in dem Fall Tansania. Der Bund hat andere Aufgaben. Die Länder sollen sich in diesem Bereich „tummeln“.

Frau Koch, Sie haben sehr gut erläutert, welche Projekte es schon gibt. Das werde ich jetzt nicht wiederholen. Natürlich gibt es auch jetzt schon eine sehr breite Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei, die in diesem Bereich federführend ist, und NGOs, engagierten Vereinen, Kirchen und sonstigen Antragstellern. Es gibt da immer einen Dialog, und die Mittel werden auch jetzt schon sehr zielgerichtet eingesetzt. Daran wollen wir auch nicht rütteln.

Wir haben nur 100.000 Euro. Herr Wirtz, ich habe Ihren Beitrag so verstanden, dass wir diesen Betrag zukünftig erhöhen. Diese 100.000 Euro wollen wir eben auch sehr gezielt einsetzen. Da haben wir überlegt: Wie können wir es schaffen, dass dieses Geld nicht irgendwo hinget und sozusagen als Steuermittel versickert? Es muss schon so sein, dass es einen Ansprechpartner für die Mittel gibt und dass das dann eben auch vernünftig gemacht wird.

Das hat auch gar nichts damit zu tun, dass wir in irgendeiner Form arrogant sagen: Ihr sollt dieses Geld so oder so einsetzen. - Das kann vor Ort entschieden werden. Uns ist es vielmehr ein Anliegen, dass genau in diesem Bereich investiert wird. Und warum? Damit die Fluchtfolgen - ich komme noch einmal darauf zurück, warum wir den Antrag so genannt haben - bekämpft werden können. In guten Jahren - das heißt, wenn es ausreichend regnet - reicht in Tansania das, was dort an landwirtschaftlichen Produkten erwirtschaftet wird, aus, um die Bevölkerung zu ernähren. In schlechten Jahren ist es nicht so. Das heißt, in dieser bäuerlichen Wirtschaft kann durchaus noch etwas passieren. Das betrifft eben auch die Wasserversorgung, und das betrifft auch die Energieversorgung.

Haben Sie gewusst, dass nur 20 Prozent der Menschen in Tansania überhaupt einen Zugang zu Energie haben? Ein kleiner Landwirt in Tansania braucht natürlich auch Energie, um seine Ländereien bestellen zu können. Das sind alles Dinge, die dort erst gemacht werden müssen. Es muss erst einmal eine vernünftige Infrastruktur geben, bevor es soweit sein kann, dass die Menschen dort mehr erwirtschaften und sich der Aufgabe widmen können, die größer werdende Bevölkerung zu ernähren.

Ja, ich kann mir ganz viele Felder vorstellen, auf denen wir uns in Tansania - gerade dort - engagieren können. Das ist ein Land, in dem es sehr viel zu tun gäbe, wo sehr viele Menschen an Malaria erkranken und daran sterben, wo im Übrigen nur 20 Prozent der Frauen Zugang zu Verhütungsmitteln haben. Deshalb würde ich mich hier nicht mit einer solchen Arroganz hinstellen und sagen, dass da vielleicht noch viel anderes zu tun wäre. Es gibt dort auch einen ganz hohen Grad an Gewalt, gerade gegen Frauen.

Wir haben uns für ein Projekt entschieden - das haben wir gemeinsam getan -, das wir für zukunftsweisend halten und mit dem man anfängt, zu helfen. Das kann nicht der Abschluss sein. Das ist auch allen klar. Es soll aber weder arrogant sein, noch soll es so sein, dass wir irgendjemanden bevormunden wollen. Wir wollen damit in erster Linie Gutes tun. Deshalb hatte ich mir auch eine breite Zustimmung in diesem Haus zu diesem Antrag erhofft.

Noch einmal zu Ihrem Antrag, Bündnis 90/Die Grünen: Ich finde, dass Sie nach wie vor sehr viele Themen behandeln, die *uns* nicht betreffen. Da geht es um den Bund, da geht es um Europa. Uns ging es darum, einen sehr konkreten Antrag zu formulieren, einen Antrag, der weniger Prosa enthält, aber ein konkretes Projekt. Wir wollen aus dem wenigen Geld, das wir hier zur Verfügung haben, das Beste herausholen. Dass die Mittel begrenzt sind, ist klar. Ich glaube aber, wir haben etwas Gutes ausgewählt.

Wir haben im Ausschuss dafür geworben, dass man vielleicht einen Punkt, der Ihnen besonders am Herzen liegt, herausnimmt und noch in den Antrag einarbeitet. Dazu ist es nicht gekommen. Deshalb werden wir Ihren Antrag an dieser Stelle ablehnen. Ich freue mich aber, dass der Runde Tisch fortgesetzt wird. Und ich freue mich auch, dass es uns gelungen ist, mit diesem Antrag dafür zu sorgen, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier über die Arbeit informiert sind und entsprechende Gesetzesinitiativen starten können.

Vielen Dank fürs Zuhören.